



1000 BRÜSSEL

Koningsstraat 47 - Rue Royale 47
Tel. 02/500.21.11

20-05-1994

An den Herrn Verwalter-Direktor von
BELGACOM
Bd. Emile Jacqmain 151

1210 Brüssel

I/Schreiben vom

I/Ref.

U/Ref.

Beilagen

25.111/II/PD
CJ

Sehr geehrter Herr Verwalter-Direktor,

in ihrer Sitzung in vereinigten Sektionen vom 10. März 1994 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die wegen des Anbringens eines einsprachigen französischen Schildes in der Industriezone Eupen gegen BELGACOM gerichtete Klage vom 9. September 1993 untersucht. Nach Meinung des Klägers hätte die Bekanntmachung erst in deutscher und dann in französischer Sprache formuliert werden sollen.

Für seine Bekanntmachungen und Mitteilungen an die Öffentlichkeit unterliegt ein Dienst im Sinne von Artikel 36 §1 der koordinierten Sprachengesetze (ein Dienst, dessen Tätigkeitsbereich sich auf Gemeinden des französischen Sprachgebiets und des deutschen Sprachgebiets erstreckt) dem Artikel 34 §1 oben erwähnter Gesetze.

Gemäß Artikel 34 §1 verfaßt der Dienst seine unmittelbar an die Öffentlichkeit gerichteten Bekanntmachungen und Mitteilungen in der Sprache bzw. den Sprachen, die den lokalen Dienststellen der Gemeinde, in der sich der Dienst befindet, vorgeschrieben sind.

In ihrem Gutachten Nr. 1868 vom 5. Oktober 1967 vertrat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Meinung, daß es für die Anwendung von Artikel 34 §1 angebracht sei, Regeln anzunehmen, die sowohl dem Buchstaben des Gesetzes als auch der Zielsetzung des Gesetzgebers Rechnung tragen.

Sie hat daher ein dahingehendes Gutachten abgegeben, demzufolge der Gesetzgeber, indem er vorsieht, daß der jeweilige Dienst auf die Sprache zurückgreift, die den lokalen Dienststellen der Gemeinde, in der er seinen

Sitz hat, vorgeschrieben ist, nur die in oder an den Gebäuden dieser Dienststellen angebrachten und unmittelbar an die Öffentlichkeit gerichteten Bekanntmachungen und Mitteilungen gemeint hat, während die an die Öffentlichkeit gerichteten Bekanntmachungen und Mitteilungen in den anderen Gemeinden des Amtsbereichs normalerweise der Sprachenregelung folgen sollen, die den lokalen Dienststellen dieser Gemeinden auferlegt ist. Diese Interpretation wird übrigens durch Absatz 4 von Artikel 34 §1 bestätigt, in dem es heißt: "Wenn eine regionale Dienststelle sich jedoch in einer Gemeinde ohne besondere Sprachenregelung befindet, genießt die Öffentlichkeit der in diesem Bezirk gelegenen Gemeinden, für die eine andere Sprachenregelung oder eine besondere Sprachenregelung gilt, hinsichtlich der unmittelbar ausgehändigten Formulare die gleichen Rechte wie die, die ihr in den besagten Gemeinden zuerkannt werden".

Was für die Formulare gilt, kann auch für die Bekanntmachungen und Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelten, da diese allgemein dieselbe Regel befolgen.

Dieser Argumentation zufolge ist der betroffene Dienst gemäß Artikel 11 §2 der koordinierten Sprachengesetze verpflichtet, seine Mitteilungen an die Öffentlichkeit von Eupen in Deutsch und in Französisch abzufassen.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle ist der Meinung, daß die Klage zulässig und begründet ist: Das Schild muß in Deutsch und in Französisch abgefaßt werden.

Sie nimmt zu Protokoll, daß Auftrag gegeben wurde, ebenfalls ein Schild in deutscher Sprache anzubringen.

Vorliegendes Gutachten wird dem Kläger amtlich zugestellt.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende,

A. VAN CAUWELAERT - DE WYELS